

Hoffnung für Deponiegegner

UMWELT Für die Gegner einer Erweiterung der Mülldeponie Grauer Wall in Bremerhaven ist die Beschwerdefrist bis zum 5. August verlängert worden

Der Streit zwischen Politik und Bürgern um die Erweiterung der Mülldeponie Grauer Wall in Bremerhaven geht weiter. Die Frist für Einwände wurde jetzt bis zum 5. August verlängert. Bis ins Jahr 2045 will die Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft (BEG) die Deponie betreiben, deren Betriebsgenehmigung ausläuft. Künftig will die BEG den Müll bis zu 50 Meter hoch stapeln – doppelt so hoch wie bisher.

Eigentlich ist das Planfeststellungsverfahren seit 25. Mai beendet – und damit die Frist für sämtliche Einwände gegen das Vorhaben abgelaufen. Nachdem sich der benachbarte Ort Langen in die Diskussion eingeschaltet hat, hat das Umweltressort die Frist für Einwände verlängert. Denn: „Wir wollen auch der Gemeinde Langen die Chance geben, ihre Einwände einzubringen“, sagt Ressortsprecher Michael Ortmanns.

Was genau diese Einwände beinhalten, erklärt Langens Bürgermeister Thorsten Krüger (SPD): „Wir setzten uns dafür ein, dass in dem Planfeststellungsverfahren zusätzlich die Punkte Fein-

staub, Grundwasser und Landschaftsbild behandelt werden.“ Ihm gehe es vorrangig darum, seine Bürger keinen gesundheitlichen Gefahren auszusetzen. Momentan sehe er zwar keine Probleme, „möchte aber lieber auf Nummer sicher gehen“.

Neben Feinstaubbelastung und Grundwasserverunreinigung könnte auch die Attraktivität des Ortes Langen leiden. „Ein 50 Meter hoher Müllberg sieht nicht gerade einladend aus“, sagt Krüger und stimmt mit den Ansichten der Bürgerinitiative Keine Erweiterung Grauer Wall (KEG) überein. Doch der Sozialdemokrat stellt klar: „Wir werden

„Nicht einladend“ findet der Bürgermeister von Langen einen 50 Meter hohen Müllberg in der Nachbarschaft

uns vor keinen Karren spannen lassen.“ Man könne nicht nach dem „St. Florians-Prinzip“ handeln und sagen: „Wir wollen den Müll nicht, bringt ihn woanders hin.“ Er sei an einer „emotionslosen und sachlichen“ Lösung interessiert.

Die Bürgerinitiative KEG hofft indes, dass eine Erweiterung der Deponie verhindert wird. Ihre Hoffnungen ruhen auf dem Planfeststellungsverfahren. Margitte Reh-Segebade, Zweite Vorsitzende der KEG sagt: „Wir haben einen Gutachter beauftragt, der sich um die Fragen der gesundheitlichen Gefährdung kümmert.“ Genauer möchte sie nicht sagen, glaubt aber, „gute Chancen“ zu haben.

Bisher gab es jedoch kein Entgegenkommen aus der Politik: „Auf uns ist noch keiner zugekommen“, sagt sie. Reh-Segebade kaufte 1997 ein Grundstück in der Nähe der Deponie, im Glauben daran, sehr bald eine Grünanlage an der Stelle vorzufinden, wo bis dahin der Müll gelagert wurde. Genau das plante nämlich die örtliche Politik. Doch daraus ist augenscheinlich nichts geworden. **MARCEL WAALKES**